

2. WAHLAUFRUF

des Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse

Arbeiter, Angestellte, niedere Beamte,
arme Bauern, Kleinbürger!

Am 9. Oktober werdet Ihr den neuen Nationalrat wählen. Wir sind noch zu klein, um uns um Mandate zu bewerben. Wem sollt Ihr Eure Stimme geben?

In keinem Fall einer bürgerlichen Partei, ob sie sich OEVP, Verband der Unabhängigen oder wie sonst immer nennt und was immer sie Euch versprechen möge! Diese Parteien vertreten Euren Klassenfeind, die Kapitalistenklasse, die davon lebt, Euch auszubeuten, zu unterdrücken.

Wir empfehlen Euch, nach Eurem Ermessen entweder für die sozialistische Partei oder für die kommunistische Partei oder für die Vereinigung der fortschrittlichen Sozialisten bzw. für die Wahlgemeinschaft KPOe-VdFS zu stimmen. Aber Ihr sollt wissen, wem Ihr da Eure Stimme gebt.

XXXXX

Die Arbeiter, Angestellten, niederen Beamten, das ist die Arbeiterklasse und die ausgebeuteten Mittelschichten das sind die armen Bauern und Kleinbürger, vermögen ein ernstes, dauerndes Verbessern ihrer materiellen und kulturellen Lage herbeizuführen und immer mehr in die Tat umzusetzen nur, indem sie die Kapitalistenklasse besiegen, ihre eigene, die proletarisch-demokratische Staatsmacht aufrichten und die Wirtschaft, Gesellschaft bewusst, planmässig nach ihren Interessen umformen, immer besser ausgestalten, d.h. den proletarischen Sozialismus aufbauen.

Niemals vermögen sie das zu verwirklichen im Partei-, Gewerkschaftsbündnis mit der Bourgeoisie, mit irgend einem ihrer Teile, sondern einzig und allein auf dem Wege des konsequenten Kampfes gegen die gesamte Bourgeoisie, auch gegen deren nichtmonopolistische, liberale, freiheitliche, fortschrittliche, bürgerlichdemokratische Teile. Konflikte innerhalb der Bourgeoisie können zugunsten der Massen ausgenützt werden nur mittels einer Politik die die Kampfmittel gegen die streikenden Feindesteile zweckmässig abstuft, stets auf dem Boden des konsequenten, gegen die gesamte Bourgeoisie weiterzuführenden Kampfes.

Bei jeder Politik, die das Partei-, Gewerkschaftsbündnis mit der Bourgeoisie oder mit irgend einem ihrer Teile sucht, betreibt, müssen die Massen der Arbeiter, Angestellten, niederen Beamten, armen Bauern, Kleinbürger materiell und machtmässig schliesslich immer wieder draufzahlen. Diese Politik muss führen und führt in der Tat immer wieder zur materiellen und politischen Stärkung der Bourgeoisie, zur Enttäuschung wachsender Massen der Arbeiter, Angestellten, niederen Beamten, zur Erlahmung ihrer Kampfkraft. Gerade dadurch führt sie schliesslich immer wieder zur Enttäuschung auch der Mittelmassen in Stadt und Dorf, denen ja nur auf Kosten der Kapitalistenklasse geholfen werden kann; so werfen sich diese, da sie keinen anderen Ausweg aus ihrer Not sehen, aus Verzweiflung immer wieder der Bourgeoisie in die Arme.

Es ist die Politik des Partei-, Gewerkschaftsbündnisses mit der Bourgeoisie, die der erschütterten Ausbeuterklasse immer wieder - auf Kosten der Massen - emporhilft.

Es ist die Politik, die der Bourgeoisie immer wieder den fascistischen Weg öffnet, die enttäuschten, verzweifolnden Mittelschichten gegen die Arbeiterklasse zu wenden, zu schleudern und sich, auf dem Rücken beider, auf Kosten beider, immer wieder zu sanieren.

Es ist diese Politik, die es der Bourgeoisie immer wieder ermöglicht, aus der immer wiederkehrenden, immer furchtbarer werdenden kapitalistischen Weltwirtschaftskrise immer wieder einen zeitweiligen Ausweg zu suchen - auf Kosten der Arbeitermassen und der Mittelmassen - durch imperialistischen Krieg.

XXXXXX

Alle Katastrophen, die Euch seit 1914 getroffen haben, entsprangen in erster Linie gerade dem Grundübel, dass die Sozialdemokratische Partei in allen Ländern die Politik des Partei - Gewerkschaftsbündnisses mit der Bourgeoisie begann und daran festhielt. Diese Verratspolitik setzt sie auch heute fort. Diese Politik entspricht nicht den Grundinteressen der ausgebeuteten werkstätigen Massen, sondern den engstirnigen, kurzsichtigen, selbstsüchtigen Interessen der entarteten, verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokratie. Diese gibt Eure grundlegenden Interessen immer wieder der Kapitalistenklasse preis, worüber sie Euch durch schöne "sozialistische" Phrasen und mehr oder minder grosse Zuckerl (wie die Gemeindebauten in Wien, den staatlichen Gesundheitsdienst in England) täuscht. Als Judaslohn dafür bekommen die Veräter für sich und ihre Clique von der Kapitalistenklasse - solange diese sie gegen die Massen braucht - einflussreiche Posten mit bedeutenden Einkommen, Ehren, Auszeichnungen, mehr oder minder grosse Vorteile aller Art.

In aller Form hat die SÖOe bereits erklärt, dass sie die Koalition mit der OeVP fortsetzen wird, auch wenn ihr in den Wahlen die Mehrheit zufallen sollte. Wobei Ihr Euch völlig klar sein müsst, dass jede sozialdemokratische ("sozialistische") Alleinregierung tatsächlich in Koalition mit der Bourgeoisie arbeitet in allen kapitalistischen Grundfragen (Profitproduktion, kapitalistisches Eigentum, kapitalistischer Staatsapparat).

Die sozialdemokratischen Parteien (in Oesterreich nennt sie sich jetzt "Sozialistische Partei") wurde der ursprünglichen Aufgabe, für die sie vor Jahrzehnten ins Leben gerufen wurde, untreu. Sie führt nicht mehr den proletarischen Klassenkampf gegen die Kapitalistenklasse, sondern hilft dem kapitalistischen Klassenkampf gegen die Massen im offenen oder tatsächlichen Bündnis mit der Bourgeoisie. Sie geben sich weiterhin als Arbeiterparteien aus, aber sie sind es nicht mehr.

Sie sind kleinbürgerliche Parteien der Arbeiterbürokratie, die zugunsten dieser entarteten, verkleinbürgerlichten Schicht und ihrer Clique die Kampfkraft der ausgebeuteten werktätigen Massen politisch, gewerkschaftlich ausschmarotzen und eben dadurch materiell und machtmässig der Kapitalistenklasse in die Hände arbeiten. Schliesslich kommen auch die Arbeiterbürokraten samt ihrer Clique durch ihre Judaspolitik unter die Räder, wie schon die Erfahrung unter Hitler, Mussolini bewiesen. Nichtsdestoweniger setzen sie in kurzsichtigem Egoismus den Verrat an den Arbeitermassen, den Mittelmassen, den kolonialen Volksmassen immer wieder fort.

Sie geben sich aus als Parteien " der Demokratie", um Euch zu täuschen, dass sie Vertreter sind der k a p i t a l i s - t i s c h e n Demokratie.

Auch in der bürgerlichen Demokratie verfügen über die entscheidenden Produktionsmittel die Kapitalisten, sei es individuell oder gruppenmässig (durch Aktiengesellschaften usw.) oder durch den bürgerlichen Staat (Staatskapitalismus).

Auch in der bürgerlichen Demokratie ist und bleibt der Staatsapparat klassenmässig kapitalistisch zusammengesetzt. Darin ist nichts geändert, wenn die Stellen des Bundespräsidenten, Kriegsministers, Innenministers, Polizeipräsidenten und so und sovieler andere Stellen, von sozialdemokratischen, labouristischen, "sozialistischen" Dienern der Bourgeoisie besetzt sind - erinnert Euch an Ebert, Noske, Severing, Greszyinski usw. in Deutschland.

Die sozialdemokratische, labouristische Verstaatlichung, Nationalisierung, "Sozialisierung" führt nicht zum Sozialismus, sondern verwirklicht in Wahrheit den Staatskapitalismus, diesen "Sozialismus" zugunsten der Bourgeoisie. All diese "sozialisierten" Betriebe werden zu Profitzwecken verwaltet; sie unterliegen den Widersprüchen der Profitwirtschaft, auch sie arbeiten mit daran, immer schärfere kapitalistische Krisen herbeizuführen. Zumeist werden die enteigneten Kapitalisten - auf Kosten der Massen - riesenhaft entschädigt; diese Riesenlast erschwert es sehr wesentlich, die Vorteile der staatlich - konzentrierten Industrie zu entfalten und den Massen zuzuführen. Die Verwaltung dieser "sozialisierten" Betriebe bleibt vielfach in kapitalistischen Händen, wie in England. Jedenfalls beherrscht die Bourgeoisie diese Betriebe auf dem Weg über den kapitalistischen Staatsapparat. Es ist eine gesteigerte kapitalistische Konzentration, die in eine gesteigerte Ausbeutung, Unterdrückung der Arbeitermassen und der armen Mittelmassen zugunsten der Kapitalistenklasse ausmündet, ausmünden muss. Steigerung der (kapitalistischen!) Produktion, dass ist heute die Hauptlosung aller sozialdemokratischen, labouristischen, "sozialistischen" Parteien und ihrer Gewerkschaftsbürokratie. Dass dient in Wahrheit dem Steigern der Profite der Bourgeoisie, dem Steigern Eurer Ausbeutung; darüber schweigen SP, LP, Gewerkschaftsbürokratie- aber Ihr spürt das an Euren Leibern.

Von einer proletarischdemokratischen Kontrolle durch die Massen ist dabei gar keine Rede. Eine Produktionskontrolle durch die demokratisch freigewählten und von der Belegschaft jederzeit absetzbaren und ersetzbaren Betriebsräte ist nicht vorhanden. Auch nicht eine Kontrolle von Lohn, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen durch proletarischdemokratische Gewerkschaften: die heutigen Gewerkschaften sind durch und durch mit dem kapitalistischen Staat verfilzte Organisationen, in denen die Gewerkschaftsbürokratie dem Wesen nach macht was sie will, während die Mitgliedermassen in Wahrheit keinen ernststen Einfluss auf die Gewerkschaftspolitik haben. Von einer jederzeitigen Absetzbarkeit, Ersetzbarkeit der Gewerkschaftsorgane, Gewerkschaftsfunktionäre durch die gewerkschaftlich organisierten ist keine Spur.

Erst recht bestehen keine von den Arbeitern, Angestellten, niederen Beamten, armen Bauern, Kleinbürgern aus den Betrieben heraus demokratisch frei gewählten Arbeiter und Kleinbauernräte zur Kontrolle der gesamten Staatsverwaltung und öffentlichen Wirtschaft im Interesse der ausbeuteten werktätigen Massen,

mit dem Recht, dass jeder von ihnen gewählte Mandatar jederzeit von seinen Wählern abgesetzt und ersetzt werden kann.

Alle sozialdemokratischen, "sozialistischen" Parteien sind Werkzeuge der Labourparty Englands. Diese ist ein Instrument des englischen Imperialismus, der im Bündnis und unter Anleitung des USA-Imperialismus an der Hauptaufgabe arbeitet, unter dieser Führung die kapitalistische Ausbeutung zu erhalten. Insbesondere auch mit den Mitteln des imperialistischen Krieges, den die Weltbourgeoisie unter angelsächsisch-imperialistischer Leitung gegen den stalinistisch entarteten Sowjetstaat der Arbeiterklasse planmässig weiter treibt (Atlantikpakt). Alle sozialdemokratischen, labouristischen, "sozialistischen" Parteien und ihre Gewerkschaftsbürokraten sind Diener des Imperialismus, des imperialistischen Krieges ! Lasst Euch nicht darüber täuschen durch ihr Geheuchel über "Frieden", "Verteidigung" usw. - In Indien betreibt das Ausbeuten, Unterdrücken der indischen Massen der englische Imperialismus im geteilten Geschäft mit der indischen Bourgeoisie - darin besteht die sogenannte "Aufhebung der englisch-imperialistischen Herrschaft in Indien" durch die Labourparty...

xxxxx

Auch die Stalinpartei verfiicht alles andere, nur nicht die Grundinteressen der Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten, sie dient auch nicht den Interessen der armen Bauern, der kolonialen Volksmassen. Die sogenannten "kommunistischen" Parteien sind ihre antiproletarische, antirevolutionäre, antisozialistische, antikommunistische Politik, die sie seit 1923/24 betreiben, mit-schuldig an allen seitherigen proletarischen Katastrophen.

Die ausserrussischen Stalinparteien sind nichts als Werkzeuge des russisch-nationalistischen Stalinregimes.

Ihre persönliche Macht und all die Vorteile, die sie an sich gerissen, weiter zu behaupten, sei es auch auf Kosten der Massen, dem dient die Politik der russischen Stalinbürokratie und ihrer Lakaien, der ausserrussischen Stalinbürokraten. Zu Gunsten der eigensüchtigen Interessen der stalinbürokratischen Revolutionsparasiten die politische, gewerkschaftliche Kampfkraft der Massen ausschmarotzen, darin besteht die Grundlinie, der Hauptzweck, der Hauptinhalt der Politik der Stalinparteien. Sie betreiben eine durch und durch russisch-nationalistische Politik, der sie die grundlegenden Interessen des Weltproletariats, der ausgebeuteten Mittelmassen, der kolonialen Volksmassen immer wieder opfern. Ihr "Internationalismus" ist bewusster Schwindel, um Eure Kampfkraft desto besser für den russischen Nationalismus auszunützen, wohinter die Stalinbürokratie ihre egoistischen Interessen verbirgt.-

Auch Tito geht es nicht um die Interessen des Weltproletariats, der Weltmassen, sondern nur um die Interessen eines "Landes", eines "Volkes", nämlich des jugoslawischen, wohinter die Titobürokratie ihre selbstsüchtigen Interessen verbirgt.

Unter Lenin wurde der ursprüngliche Namen des von der siegreichen Oktoberrevolution 1917 geschaffenen Arbeiterstaates "Sowjetrussland" bewusst ersetzt durch die Bezeichnung "Sowjetunion" gerade deshalb, um schon im Namen zum Ausdruck zu bringen, dass die proletarisch-demokratische Arbeiter- und Kleinbauernrepublik nicht die russischen Interessen, nicht die Interessen "eines Landes", eines "Volkes" zur Grundlinie ihrer Gesamtpolitik haben will, soll, muss, sondern die dauernd gemeinsamen Interessen der Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten aller Länder, das

Bündnis mit den kolonialen Volksmassen der ganzen Welt - darin und nur darin besteht der proletarische Internationalismus.-

Proletarische Politik, Politik, die wirklich den Massen dient, darf nicht russischnational, nicht englischnational, nicht deutschnational, nicht österreichischnational usw. sein, sondern sie muss international sein: das heisst sie muss sich grundlegend stets ausrichten nach dem gemeinsamen Dauerinteressen der Arbeiter, Angestellten, niederen Beamten aller Länder, auf das Bündnis mit den armen Bauern, Kleinbürgern und den kolonialen Volksmassen der ganzen Welt.

Einzig und allein auf dieser Grundlage vermögen die Arbeiter, Angestellten, niederen Beamten, armen Bauern, Kleinbürger, kolonialen Volksmassen die besonderen Interessen, die ihnen aus ihrem Dasein innerhalb eines bestimmten Landes, die ihnen aus der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nation erwachsen wirksam für sich zu verfechten. Die Arbeiter, Angestellten, niederen Beamten, armen Bauern, Kleinbürger Oesterreichs müssen auch für ihre österreichischen Sonderinteressen kämpfen, gewiss, aber wirksam vermögen sie das nur vermittels einer Politik, die sich stets im Rahmen hält der dauernd gemeinsamen Interessen der Arbeiter, Angestellten, niederen Beamten aller Länder, stets dient dem Bündnis mit den armen Bauern, Kleinbürgern und den kolonialen Volksmassen der ganzen Welt.-

Überall betreiben, suchen die Stalinparteien das Partei-, Gewerkschaftsbündnis mit der Kapitalistenklasse oder mit Teilen derselben, überall streben sie an das Regierungsbündnis mit der Bourgeoisie oder mit Teilen derselben. Sie verlangen von ihren kapitalistischen Bundesgenossen als Grundbedingung einer dem russischnationalistischen Stalinregime günstigen Aussenpolitik. Für diesen Preis liefern sie ihrem kapitalistischen Bundesgenossen immer wieder die Hauptinteressen der Arbeiter, Angestellten, niederen Beamten, armen Bauern, Kleinbürger, kolonialen Volksmassen aus.

Die KPOe und die "Fortschrittlichen Sozialisten" haben kein Recht, der SPOe "Astrgenenschaft" mit der Bourgeoisie vorzuwerfen. In der Erklärung über ihre Wahlgemeinschaft verlangen sie selbst eine "Regierung aller demokratischen (bürgerlich-demokratischen!) Kräfte unter Ausschaltung der Repräsentanten und Schrittmacher der Reaktion. Als Reaktion gilt ihnen, wer gegen den Kreml ist; dagegen sind sie bereit, mit allen kapitalistischen Elementen, die für die Neutralität gegenüber Stalinrussland sind, zusammen zu arbeiten - auf Kosten der Massen.. Lasst Euch nicht täuschen durch die Sozialdemagogie der KP und "FS".

Von einer proletarischen Demokratie im Betrieb, Gewerkschaft, Partei, Staat ist in Stalinrussland keine Spur. Die Stalinbürokratie hat die Massen entrechtet und zieht legal, noch mehr illegal durch Diebstahl, Betrug, Veruntreuung die Hauptfrüchte der kollektiven Produktion immer mehr in ihren Sack. Die alten Ausbeuter wurden durch die siegreiche Oktoberrevolution enteignet - durch die Wirkung seiner antiproletarischen, antirevolutionären Politik züchtet das Stalinregime unabsichtlich, aber tatsächlich eine neue russische Bourgeoisie heran .

In den "Volksdemokratien" werden die alten Grossausbeuter enteignet und durch Elemente ersetzt, aus denen sich tatsächlich neue Kapitalisten entwickeln. Die Personen werden ausgewechselt, gesiebt nach stalinrussischnationalistischer (oder Titojugoslawischnationalistischer) Zuverlässigkeit.

Die "volksdemokratischen" Nationalisierungen ändern dem Wesen nach daran nichts.

Der Staatsapparat aller "Volksdemokratien" - Jugoslawien inbegriffen - ist kapitalistisch. Die Tatsache, dass die Stalinbürokratie (bzw. die Titobürokratie) die wichtigsten Posten in Händen hat, schafft das nicht aus der Welt. Von dem Tag an, wo Stalins russisch-nationalistischer Gewaltapparat zurückweichen wird, wird der kapitalistische Klassencharakter der "Volksdemokratien" immer deutlicher sichtbar werden. Blosser "Reinigung" genügt nicht, um einen kapitalistischen Staatsapparat in einen proletarisch klassenmässigen Staatsapparat zu verwandeln - das gilt auch umgekehrt.

Durch die Schuld der antiproletarischen, antirevolutionären Politik der Stalinbürokratie, des Stalinregimes, der Stalinparteien ist die SU aus den bisherigen Jahren des 2. imperialistischen Weltkriegs - im Verhältnis zur Weltbourgeoisie, zum USA - Imperialismus insbesondere - keineswegs siegreich hervorgegangen, sondern hat im Gegenteil schwere Rückschläge erlitten. Durch äusserstes Ausplündern, Ausrauben Deutschlands, Oesterreichs und auch der "Volksdemokratien" sucht die verräterische Stalinbürokratie den durch sie verschuldeten äusserst schweren Rückschlag der Sowjetunion zu verringern, vor den schwer leidenden russischen Massen zu vernebeln. Dieses Ausplündern, Ausrauben in organisierter Form zu betreiben, dem in erster Linie dienen die "volksdemokratischen" Nationalisierungen: es sind dies staatskapitalistische Betriebe, Trusts, die die Massen der "Volksdemokratien" planmässig ausplündern, ausrauben.-

Lasst Euch nicht täuschen durch die stalinrussischen Siege in China! Immer näher rückt die tödliche Bedrohung durch die weltimperialistische Einheitsfront, der auch SP, LP, Gewerkschaftsbürokratie als Helfer dienen. Um sich zu retten, greift die Stalinbürokratie zu ihrem letzten Trumpf: zur volksdemokratischen "Weltrevolution". Ueberall nützt sie spontanen Kämpfe der Massen aus, steigert sie, fasst sie immer mehr zusammen, doch keineswegs zum Zweck der internationalen proletarischen Revolution gegen die Weltbourgeoisie, ganz und gar nicht. Auf dem Rücken des Verrats an der Weltrevolution hochgekommen, fürchtet die Stalinbürokratie) - so wie auch die sozialdemokratische, labouristische, gewerkschaftliche Bürokratie - nichts mehr als die Revolution der Massen. Die volksdemokratische "Weltrevolution" will nichts anderes, als durch den so immer mehr gesteigerten Massendruck die Weltbourgeoisie, die auf Zerstörung, kapitalistische Kolonialisierung der SU ausgeht, zu einem für das Stalinregime tragbaren Kompromiss zu bringen, das die Macht und die Privilegien der Stalinbürokratie weiter bestehen lassen soll - gegen Preisgabe der kämpfenden Massen, der kolonialen Volksmassen inbegriffen, gegen Auslieferung ihrer Hauptinteressen an die kapitalistischen Ausbeuter, Unterdrücker der Welt zu noch grösserer Ausbeutung, Unterdrückung.

XXXXXX

Die Stalinpolitik des Verratens, Ausplünderns, Ausraubens der Massen schwächt die Anziehungskraft der Stalinparteien. Insbesondere in Oesterreich (und Deutschland), wo diese verbrecherische Politik besonders zum Himmel schreit. Mit schlauesten Kniffen sucht die Stalinbürokratie dennoch an die Massen heranzukommen. Dem dient in Oesterreich die "Vereinigung der

Fortschrittlichen Sozialisten". Sie ist ein Werkzeug der Stalinpartei. Sie ist nichts als eine listig aufgezo-
gene, betriebene russisch-nationalistische Hilfsorganisation des Kreml, der Stalinbürokratie, der Stalinpartei in Oesterreich. Ihre Wahlgemeinschaft mit der KP beweist das nun mit voller Klarheit.

XXXXXX

Von der "sozialistischen" Partei, von der "kommunistischen" Partei, von der "Vereinigung Fortschrittlicher Sozialisten" habt Ihr nichts zu erwarten als schöne Phrasen und ab und zu mehr oder minder grosse Zuckerl, um Euch an ihrer Stange zu halten, gegen Preisgabe immer wieder Eurer Hauptinteressen an den kapitalistischen Klassenfeind.

Die meisten von Euch glauben das nicht. Ihr habt zu unserem Wort noch kein Vertrauen. So bleibt nichts übrig, als dass Ihr Euch durch Eure eigene Erfahrung überzeugt und daraus schliesslich die notwendigen Lehren, Konsequenzen zieht. Unsere Kritik, unsere Vorschläge sollen, werden Euch das erleichtern.

XXXXXX

Die gegenwärtige Lage ist trostlos, aber ganz und gar nicht aussichtslos. Im Gegenteil.

Der zweite Weltkrieg ist nicht beendet. Jetzt tritt immer deutlicher zu Tage, dass die Weltbourgeoisie den 2. Weltkrieg in erster Linie geführt hat und weiter führt, um die kapitalistische Systemkrise auf Kosten des Weltproletariats, des entarteten Arbeiterstaates inbegriffen, für möglichst lange Zeit zu überwinden.

Trotz all der bisherigen kapitalistischen Erfolge, : der Widerspruch zwischen den kapitalistischen Produktivkräften und der Massenkaukraft wurde nach den bisherigen Kriegsjahren noch grösser, noch schärfer als zuvor. Eine Weltwirtschaftskrise rollt heran, noch schwerer, noch greulicher als jene, die 1929 begonnen hat, und bis heute noch nicht überwinden ist. Die Weltbourgeoisie schwankt zwischen Weltwirtschaftskrise und Weltkrieg. Sie bebt vor beidem zurück und muss doch einen dieser Wege gehen, denn es gibt keinen anderen auch nur zeitweiligen kapitalistischen "Ausweg". Im Lager der imperialistischen Welteinheitsfront deren linken Flügel verlängern, stehen neben der USA - Gewerkschaftsbürokratie die angelsächsisch-kapitalistischen Agenten innerhalb der Arbeiterbewegung, die LP, SP und ihre Gewerkschaftsbürokratie.

Daß die proletarische Partei jedes Landes ihre Politik unterordnen muss den Interessen des Weltproletariats, der Weltrevolution, das ist proletarische Klassenpflicht, eben darin besteht der proletarische Internationalismus. Doch der Kreml fordert von den ausserrussischen Stalinparteien die Preisgabe nicht nur der Interessen der Weltmassen, der Weltrevolution - das haben die Stalinparteien stets getreulich erfüllt - sondern er fordert von ihnen sogar die Preisgabe der Interessen der ausserrussischen Stalinparteien, der ausserrussischen Stalinbürokratie zu Gunsten des russischen Stalinregimes, der russischen Stalinbürokratie, zu Gunsten der russisch-nationalistischen Stalinpartei.

Das reisst den Stalinblock, die Stalinparteien, die Stalininternationale (Kominform genannt) immer mehr auseinander. Hier entspringt die Titokrise, die immer mehr um sich greift.

Der Kampf auf Tod und Leben zwischen Weltimperialisten und Stalinregimes, Stalinbürokratie spielt auf dem Vulkan der Massen! Nach jahrelangen schrecklichen Rückschlägen beginnt der Massenvulkan wieder zu brodeln. Je mehr die Weltimperialisten samt ihren labouristischen, sozialdemokratischen, gewerkschaftsbürokratischen Helfern und die stalinbürokratischen Revolutionsparasiten sich in den Entscheidungskampf verstricken, desto mehr wird der Massenvulkan in Bewegung geraten. Die Massen werden immer mehr deutlicher erkennen, durch allen Lügennebel hindurch: ihren Feind, die Weltbourgeoisie - die Helfer ihres Feindes, darunter die falschen "Freunde", die LP, SP, KP, die Gewerkschaftsbükratie aller Länder - und die wahren Freunde.-

Auf folgende Hauptziele müssen die ausgebeuteten werktätigen Massen gegenwärtig ihr Hauptaugenmerk, ihre Hauptanstrengungen vereinigen:

1. Eine Zerschmetterung der Sowjetunion durch die Weltimperialisten, ihre Verwandlung in eine kapitalistische Kolonie, wäre nicht nur eine ungeheure Niederlage der russischen Arbeiter und armen Bauern, sondern die schwerste Katastrophe der gesamten Arbeiter, Angestellten, armen Bauern, Kleinbürger und auch der kolonialen Volksmassen der ganzen Welt. Darum: Verteidigung der SU gegen die Weltimperialisten mit allen zweckdienlichen Mitteln und Methoden der proletarischen Klassenpolitik.

2. Gleichzeitig muss der unumgänglich notwendige Kampf zum Sturz des Stalinregimes, zur proletarischdemokratischen Reform des entarteten Sowjetstaates weitergeführt werden: doch er muss untergeordnet sein dem Verteidigungskampf gegen den Weltimperialismus und beides untergeordnet sein der Notwendigkeit, die gesamten Anstrengungen der Massen auszurichten auf den Sturz der Bourgeoisie aller Länder, für die Aufrichtung der proletarischdemokratischen Republik in jedem Land, in Europa, in jedem Kontinent, in der ganzen Welt zum Zweck des Aufbaues des Weltsozialismus.

Einzig und allein auf dieser Linie kann, soll, muss verwirklicht werden die proletarischdemokratische, föderative Einheit Europas gegen den Weltimperialismus und dem Kraml.

3. Kampf für die Aufrichtung der proletarischen Demokratie:

a) Für die proletarische Demokratie in den Gewerkschaften: freie demokratische Wahl aller Gewerkschaftsorgane, gewerkschaftsfunktionäre, mit dem Recht der Gewerkschaftsmitglieder, die von ihnen gewählt jederzeit abzusetzen und zu ersetzen.

b) Für die proletarische Demokratie in den Betrieben: Produktionskontrolle durch die demokratisch freigewählten Betriebsräte, mit dem Recht der Belegschaft, die von ihnen gewählt jederzeit abzusetzen und zu ersetzen.

c) Für den proletarischdemokratischen Staat:

Die entscheidenden Grossbetriebe müssen entschädigungslos in das Kollektiveigentum der Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten, armen Bauern, Kleinbürger, dieser riesigen Volksmehrheit. Diese verwalten es auf dem Weg über den von ihnen kontrollierten Arbeiter- und Kleinbauernstaat. Sie kontrollieren die gesamte Staatsverwaltung und die Verwaltung der kollektiven, überhaupt der gesamten öffentlichen Wirtschaft durch den nur von ihnen - aus den Betrieben heraus - frei gewählten Arbeiter- und Kleinbauernrat, mit dem Recht, jeden von ihnen Gewählten jederzeit abzusetzen und zu ersetzen. Der Staatsapparat muss klassenmässig nach den Interessen der Arbeiterklasse zusammengesetzt sein.

Im Arbeiter- und Kleinbauernrat haben so wie die proletarisch-demokratische Arbeiterpartei volles Vertretungsrecht auch die von den Arbeitern, Angestellten, niedern Beamten, armen Bauern, Kleinbürgern gewählten kleinbürgerlichen Parteien, wie SP, LP, KP. Sie geniessen überhaupt das volle Recht zur Organisation, Presse, Propaganda, Agitation, politischen Aktion. Wie jede Partei, jede Organisation müssen sie sich im Rahmen der vom Arbeiter- und Kleinbauernrat beschlossenen Gesetze bewegen.

d) Für die proletarische Demokratie in der proletarischen Klassenpartei. Es müssen bei weitem grössere Sicherungen getroffen werden als bisher gegen die Gefahr des Verbürokratisierens, Entartens, Verkleinbürgerlichens der der Partei - , Organisationsbeamten, auch der Beamten des Staats, der Staatswirtschaft, damit sich nicht zum dritten Mal wiederhole der Verrat der SP, LP, KP, Gewerkschaftsbürokratie. - Das muss analog für alle im Arbeiter- und Kleinbauernstaat zugelassenen Parteien, Organisationen gelten.

4. Schaffung der proletarisch-demokratischen Arbeiterpartei, Arbeiterinternationale, die zur dauernden Grundlinie hat die allen Arbeitern, Angestellten, niedern Beamten aller Länder gemeinsamen Dauerinteressen und das feste Bündnis mit den kleinbäuerlichen, kleinbürgerlichen Massen, mit allen Ausgebeuteten, unterdrückten Volksmassen, insbesondere den kolonialen und den halbkolonialen der ganzen Welt.

Dies, das Herausarbeiten der proletarisch-demokratischen Arbeiterpartei, Arbeiterinternationale, bildet heute die bei weitem wichtigste, dringendste Hauptaufgabe der Massen. Wir haben es auf uns genommen, die dazu unumgänglich notwendige, schwere V o r a r b e i t zu leisten.

Datum..... 5.IX.1949

.....

.....